



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 62 - Plenarwoche 3. - 7. September 2007

**Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED**



I. Allgemeine Informationen: Fördermöglichkeiten für Mittelständler

In Niedersachsen informiert die NBank über Wirtschaftsförderprogramme, Finanzierungsmöglichkeiten und europäische Förderprogramme. Ihr Beratungs- und Förderprogramm richtet sich schwerpunktmäßig an kleine und mittlere Unternehmen und Existenzgründer. Zu den Beratungsgebieten der NBank gehören die Finanzierungsberatung, das Antragsmanagement und die Internationalisierung. Die NBank hilft Unternehmen u.a. dabei, sich und ihre Produkte auf ausländischen Märkten bekannt zu machen und damit ihre Wachstums- und Entwicklungschancen zu nutzen. Sie berät die Unternehmen über den Innovationsprozess und die EU-Förderprogramme. Sie bietet weiter an, ausländische Projekt- und Vertriebspartner zu suchen. Darüber hinaus unterstützt die NBank Unternehmen und Existenzgründer finanziell, indem sie Darlehen und Zuschüsse in den Bereichen Wirtschaft, Beratung, Arbeitsmarkt und Bildung vergibt. Sie fördert selbst u.a. über den Niedersachsen-Kredit langfristige Investitionen und Betriebsmittel und über den stark nachgefragten Niedersachsen-Innovationskredit innovative Projekte für die Entwicklung neuartiger Produkte, Verfahren oder Dienstleistungen, ihre Übernahme in die Produktion und die Markteinführung. Weitere Informationen über die NBank finden Sie im Internet unter www.nbank.de. Ich selbst informiere auf meiner Homepage www.europa-mayer.de ausführlich über europäische Fördermöglichkeiten und Ansprechpartner in Deutschland und Brüssel. Unter der Rubrik „Die Europäische Union“ finden Sie ausführliche Angaben zu Informationsquellen für EU-Förderprogramme, einen Leitfaden zur Strukturförderung 2007 – 2013, Informationen zu ELER, ILEK und ReM, zum Thema Transeuropäische Netze (TEN), zu Fördermöglichkeiten von kleinen und mittleren Unternehmen sowie weitere Daten zur NBank.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Bessere Rechtsetzung: Verwaltungsaufwand verringern

Das EP macht sich dafür stark, die Qualität der EU-Rechtsetzung zu verbessern und den Verwaltungsaufwand bis zum Jahr 2012 um 25% zu verringern. Dabei wurde betont, dass bessere Rechtsetzung nicht zum Abbau von Umwelt-, Sozial- und Qualitätsstandards führen darf. Jedoch müssen Europäische Rechtsvorschriften es den Bürgern und Unternehmen erleichtern, den Binnenmarkt optimal zu nutzen, anstatt ihnen vermeidbare hohe Kosten aufzubürden.

2. Verordnung zum Mitführen von Flüssigkeiten im Flugzeug

Das EP fordert die EU-Kommission auf, die Verordnung zum Mitführen von Flüssigkeiten im Flugzeug zu überprüfen und, falls keine weiteren entscheidenden Tatsachen angeführt werden,

abzulehnen. In einer EntschlieÙung zeigen sich die Abgeordneten besorgt darüber, dass die durch die Verordnung hervorgerufenen Kosten unter Umständen nicht im Verhältnis zu dem Mehrwert stehen, der durch zusätzliche Sicherheitsvorkehrungen erreicht werden soll. Die derzeit geltende Verordnung erlaubt die Mitnahme von höchstens 100ml Flüssigkeiten an Bord. Das EP unterstützt zwar alle Sicherheitsmaßnahmen zur Vorbeugung gegen Terroranschläge in der Luftfahrt, denn ein hohes Sicherheitsniveau ist erforderlich. Allerdings müssen diese Maßnahmen verhältnismäßig sein.

3. Keine Kürzungen bei Reform der Marktordnung für Milch und Milchprodukte

Gegen die Kürzungen im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Marktordnung für Milch und Milchprodukte sprach sich das EP aus. Die EU-Kommission hat vorgeschlagen, die Beihilfen für private Lagerhaltung von Rahm und Magermilchpulver abzuschaffen, da beide Maßnahmen angeblich überholt sein. Das EP hingegen möchte die private Lagerhaltung als "Sicherheitsnetz" beibehalten. Zudem sprachen sich die Abgeordneten für die Einrichtung eines "Milchfonds- Restrukturierungsprogramms" bis zum 1. Januar 2008 aus, um die Reformmaßnahmen im Milchsektor zu begleiten und zu unterstützen.

Darüber hinaus soll die sog. Schulmilch-Regelung beibehalten und die entsprechende Beihilfe angehoben werden. Zudem plädierte das EP für eine Ausweitung der Palette der Produkte, die unter die Schulmilchregelung fallen. Dabei sollen insbesondere neue, innovative und gesunde Erzeugnisse berücksichtigt werden.

4. EP verlangt Verbot des Verkaufs von "Alkopops" an Jugendliche

Das EP zeigte sich besorgt über die Zunahme des Alkoholkonsums bei Jugendlichen, die tendenziell immer früher zu trinken beginnen. Alkohol ist einer der Hauptrisikofaktoren für die Gesundheit. Die Abgeordneten plädierten u. a. für ein Verbot des Verkaufs von "Alkopops" an Jugendliche, die Beschränkung des Zugangs zu alkoholischen Getränken sowie die europaweite Einführung eines Grenzwerts für den Blutalkoholgehalt von Fahranfängern.

Da die Bekämpfung des Alkoholmissbrauchs in erster Linie Sache der Mitgliedstaaten ist, wird es zwar eine einheitliche Alkoholpolitik nicht geben, jedoch kann die EU die Maßnahmen der Mitgliedstaaten sinnvoll ergänzen und unterstützen, etwa durch den Austausch bewährter Methoden in einem Forum für Alkohol und Gesundheit.

Ein weiterer Schwerpunkt muss nach Ansicht der Abgeordneten auf die Verringerung der Zahl der Verkehrsunfälle- jährlich 17.000 Todesopfer - und der damit zusammenhängenden durch Alkoholkonsum verursachten Schäden gelegt werden. Die Kommission wurde aufgefordert, Hilfestellung zu leisten und die Mitgliedstaaten beim Erfahrungsaustausch und dem Austausch bewährter Methoden sowie bei der Durchführung gemeinschaftlicher Untersuchungen zur Bekämpfung der schädlichen Folgen des Fahrens unter Alkoholeinfluss zu unterstützen.

III. Weitere Themen waren

- EntschlieÙung für die Schaffung einer EU-Schutztruppe
- Bericht zur Überprüfung des Binnenmarkts
- Bericht zur Güterverkehrslogistik
- Beförderung gefährlicher Güter in der EU

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:

<http://www.europarl.ep.ec/> oder <http://www.europarl.europa.eu/activities/expert.do?language=de&redirection>

Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>
